

# Was verstehen wir unter Wirtschaftsdemokratie?

*Während einer Sitzung der Denknetz-Fachgruppe ›Politische Ökonomie‹ versuchten die Anwesenden, jeweils in drei Minuten ihre Gedanken zum Thema Wirtschaftsdemokratie darzulegen. Hier das Transkript der mitgeschnittenen ›3-Minuten-Referate‹.*

## Johannes Wickli

Unter dem demokratischen Prinzip verstehe ich, dass Betroffene selbst entscheiden. Es ist als Menschenrecht zu verstehen und dient der Verwirklichung positiver Freiheitsrechte. Vor allem erwarte ich auch eine Verbesserung der Lebensqualität in der Arbeitswelt und eine Verbesserung der Einkommensverteilung

Demokratie gilt grundsätzlich in allen Lebensbereichen: Konsum, Produktion, Wohnen, Familie, Lehrstätten, Staat... Der Kernsatz dabei lautet: Demokratie ermöglicht Freiheit.

Die Wirtschaftsdemokratie sehe ich als weiteren Schritt in der zivilisatorischen Entwicklung vom Faustrecht zur freien Gesellschaft.

Die Konsumenten können grundsätzlich einkaufen was sie wollen und bei wem sie wollen. Die Produktionsseite sei in zwei Sektoren eingeteilt: Staatssektor und Privatsektor.

Die staatliche Produktion richtet sich grundsätzlich nach dem Willen der BürgerInnen. Der Service Public ist im Wesentlichen als Konsumentendemokratie aufzufassen.

Innerhalb der vom Volk festgelegten Vorgaben sind für die Staatsangestellten demokratische Formen zu entwickeln.

Im Privatsektor produzieren die Unternehmen für den Markt. In den Unternehmen entscheiden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über alle wichtigen Fragen: Arbeitsbedingungen, Produktpolitik, Fusionen, und so weiter. Jede Person hat eine Stimme. Am Arbeitsplatz gelten weitere demokratische Mitarbeiterrechte. Es können direkt-demokratische wie auch indirekt-demokratische Elemente zum Tragen kommen. Auch im Wohnbereich, in den Wohnbezirken gelten ähnliche Grundsätze.

Insgesamt gilt für die Arbeitswelt: Staatliche, supranationale und möglichst weltweite Rechtsnormen garantieren demokratische Mindestrechte der Mitarbeitenden.

Weil der Markt nicht alle gesamtwirtschaftlichen Probleme lösen kann – insbesondere das Problem der Vollbeschäftigung nicht –, müssen über-



geordnete, selbstverständlich demokratisch gewählte Instanzen ordnend wirken. Dies impliziert unweigerlich, dass die Rolle des Staates beziehungsweise die Einführung einer neuen Staatsform zu überdenken ist.

So einfach das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie ist – sie bedeutet in diesem Sinne nichts weniger als die Überwindung des Kapitalismus.

### Linda Stibler

Wirtschaftsdemokratie kann nicht ohne Demokratie gedacht werden. Umgekehrt gibt es keine wirkliche Demokratie, wenn nicht auch die Wirtschaft darin eingeschlossen wird. Demokratie müsste auf allen Ebenen durchgesetzt werden, das heisst, alle gesellschaftlichen Bereiche müssten demokratisch durchdrungen sein.

Diese Demokratisierung sehe ich als Prozess. Es gilt Wege dorthin zu suchen und zu finden. Auf diesem Wege scheinen mir drei gesellschaftliche Aspekte zentral: Das Bewusstsein der Menschen (der BürgerInnen), ihr Bildungs- und ihr Informationsstand.

Von den wirtschaftlichen Aktivitäten sind alle in unterschiedlicher Weise betroffen – als Bürger und BewohnerInnen eines Lande (einer Region), als KonsumentInnen und nicht zuletzt als Arbeitende oder Arbeitnehmer, und zwar im negativen wie im positiven Sinn. Weil die wirtschaftlichen Aktivitäten Konsequenzen für ihr Leben haben, sollten die Menschen in allen Bereichen mitbestimmen können. Um mitbestimmen zu können, müssen sie jedoch informiert sein und den Durchblick haben. Das setzt in erster Linie Information voraus und Transparenz. Bei der Entwicklung neuer Modelle sollte dieser Aspekt nicht ausser Acht gelassen werden.

Wie man das erreichen könnte?

In der Arbeitswelt müssten wir die Informationspflicht der Unternehmen einfordern und wenn möglich gesetzlich verankern. Unternehmen müssten ihre kurz- und mittelfristigen Ziele nicht nur gegenüber den Kapitalgebern, sondern auch gegenüber den Arbeitnehmenden offen legen. Für ganz wichtig halte ich in diesem Zusammenhang die Transparenz der Organisation und Führungsstruktur und nicht zuletzt der Lohnstrukturen. Gerade mit dem so genannten Leistungslohn (also den Bonis) hat auch eine grosse Umverteilung der Einkommen stattgefunden. Sie führt in vielen Betrieben zu einer riesigen Diskrepanz.

Die Informationspflicht der Unternehmen sollte gerade auch den KonsumentInnen zu Gute kommen. So wäre es etwa sehr sinnvoll zu wissen, wie hoch die Ausgaben zum Beispiel für Werbung sind im Verhältnis zu den Produktionskosten irgend eines Produktes oder einer Dienstleistung.

Und der dritte Punkt: Bildung ist zentral in der Förderung des allgemeinen Demokratiebewusstseins. Es geht nicht nur um die Verbesserung und Chancengleichheit in der Grund- und Schulbildung, sondern ebenso – und vermehrt – um die Weiterbildung im Erwachsenenalter. Allen Anstrengungen zum Trotz hat sich dort eine weitere Diskrepanz verschärft: Nur wenige privilegierte ArbeitnehmerInnen haben einen guten Zugang zu Fort- und Weiterbildung. Schon allein die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen fördert das Selbstbewusstsein und auch die Einsicht, dass gemeinsame Anstrengungen etwas bringen können. Wir sollten den Bildungsaspekt unbedingt in unsere Überlegungen einbeziehen und den Anspruch auf möglichst frei gewählte Weiterbildung für alle sichern.

### **Bernhard Walpen**

Beim Formulieren einer Utopie sollte man auch fragen, wie man sich den Weg dorthin vorstellt. Das, was Johannes gesagt hat, ist schön und gut, ich kann es in weiten Teilen unterzeichnen. Wichtig ist aber auch die Frage, welche aktuellen Auseinandersetzungen anstehen, um die bestehende kapitalistische Regulationsweise so verändern zu können, dass sich das Feld emanzipatorischer Handlungsweisen ausweiten lässt.

Kurz: Wie steht es um die aktuellen Möglichkeiten einzugreifen? Ich gebe Linda Recht: im Feld der Bildung, überhaupt im ganzen Bereich, in dem es um Hegemonie, Weltanschauungen etc. geht, müsste man mit anderen Konzepten, mit neuen Ideen und Inhalten präsent sein.

Hinsichtlich der Ökonomie und Wirtschaftspolitik, wäre es für die Linke entscheidend innerhalb der aktuellen Rahmenbedingungen einzuschreiten. Das heisst, die Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen erfordert die Veränderung einzelner Punkte, und schon dort wird es massive Auseinandersetzungen geben. Ohne Klassenkampf wird es also nicht abgehen, und damit sollten wir uns schon noch etwas beschäftigen.

Das heisst also, es geht um Einschränkungen des Marktes als gesellschaftlichem Regulationsprinzip. Wenn man das Cassis-de-Dijon-Prinzip als Beispiel nimmt, so wird deutlich, dass die Konsumenten Anliegen damit faktisch ausgehebelt werden. Irgendwann werden die Produkterklärungen fallen. Man hat ganz klar signalisiert, dass es so weit kommen wird, dass ein freier Handel für die Wirtschaft nicht möglich sei, wenn sie die Herkunft der Produkte deklarieren müsste. Einen freien Handel in dieser Reinheit würde man in den USA oder in der EU gerne sehen, wenn es um Produkte geht, die aus Afrika oder Asien kommen.

In diesem Bereich zum Beispiel müsste man eingreifen. Ich denke, für eine demokratische Wirtschaft wären das die ersten Schritte: die Rah-

menbedingungen in zentralen Bereichen verändern, etwa bei der Ware Arbeitskraft (Arbeitsverhältnis, Arbeitsbedingungen usw.) und bei den ökologischen Zusammenhängen. Dabei bräuchte es auch entsprechende Rahmenordnungsvorschläge, die man für die verschiedenen Bereiche jeweils durchbuchstabieren müsste. Dafür zu kämpfen, würde ich als sinnvoll anschauen.

Aus meiner Perspektive, die von Gramsci beeinflusst ist, heisst das: im Bereich der Zivilgesellschaft um Hegemonie zu ringen.

## Hans Schöpfi

Grundsätzlich bin ich einverstanden mit den Definitionen und Begriffsklärungen von Johannes.

Was ich darüber hinaus noch interessant finde: Warum ist eigentlich die Demokratie bei uns politisch limitiert? Und warum haben wir keine gesellschaftliche Demokratie? Marx hat diesbezüglich schon festgestellt, dass es am Privateigentum der Produktionsmittel liege. Weil diese private Eigentum sind, kann es auch keinen relativ friedlichen, gradualistischen Übergang in die Wirtschaftsdemokratie geben. Vielmehr handelt es sich um ein Machtproblem, das nur – wie es Bernhard schon gesagt hat – über Auseinandersetzungen lösbar ist.

Neoliberalismus ist ja eigentlich das Gegenteil von sozialer Demokratie, ein politisches Projekt, das die Kapitaleigentümer wieder voll in ihre Rechte einsetzt, ganz anders als in der Hochkonjunktur, wo gewisse Anliegen im Interesse der Arbeitnehmer noch durchgesetzt werden konnten. Also eigentlich stecken wir in einer gegenteiligen Entwicklung, in der die volle Souveränität des Privateigentums wieder hergestellt wird. Die demokratischen Rechte der Gewerkschaften und Belegschaften im Wirtschaftsbereich werden hingegen zurückgedrängt. Gesamtarbeitsverträge – eigentliche Ansätze zu einer Wirtschaftsdemokratie –, sind heute auf dem Rückzug.

Dass das Privateigentum der sozialen Demokratie entgegensteht, sieht man bei jedem Streik. Am 1. November 2008 hatten wir ja den Streik der Bauarbeiter in Basel. Wir installierten die Streikzentrale auf einer Baustelle im Stadion St. Jakob. Da kam dann der Unternehmer und redete – obwohl es seine eigenen Leute waren, die sich da einrichteten – von Hausfriedensbruch. Die Streikposten verstand er als Nötigung und so weiter. Ohne die Rechte am Privateigentum in Frage zu stellen, kann man im Prinzip nicht erfolgreich streiken. Der Unternehmer betrachtet alles als sein Eigentum, das seiner Befehlsgewalt untersteht, im Prinzip auch die Arbeitskräfte. Schon wenn du am Morgen um 6 Uhr auf der Baustelle erscheinst, fängt die ganze Auseinandersetzung um das Privat-

eigentum an. Was sind die Rechte der Eigentümer, was sind die Rechte der Belegschaft? Die Rechte der Belegschaft kannst du nur wahrnehmen oder ausdehnen, wenn du dich organisierst, irgendwelche Strukturen schaffst. Nur indem du neue, demokratische Strukturen, Rätestrukturen schaffst, kommt meiner Meinung nach Wirtschaftsdemokratie zustande.

In Venezuela ist die Demokratisierung der Wirtschaft ja auch nicht dekretiert worden, sondern bildete sich heraus, weil es Aufstandsbewegungen gegen die – der neoliberalen Wirtschaftspolitik zuzuschreibende – Verarmung in den Quartieren gab. Die Quartiere begannen, sich zu organisieren, bildeten Quarterräte, und dann griff die Bewegung auf die Betriebe über. Wie gesagt: meiner Ansicht nach entsteht gesellschaftliche Demokratie in der Auseinandersetzung, und in dieser Auseinandersetzung ist es auch notwendig, Selbstorganisationsstrukturen, Rätestrukturen zu bilden, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zurückdrängen zu können. Es ist klar, dass diese Strukturen später irgendwann koordiniert werden müssen, und dass es dabei Delegationen und gewisse Kompetenzen braucht. Meine Kernaussage auf den Punkt gebracht: es gibt keinen gradualistischen Übergang zu einer Wirtschaftsdemokratie via Pensionskassen oder weiss ich nicht was, sondern nur über Auseinandersetzungen um das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

### Willi Eberle

Wirtschaftsdemokratie ist für mich ein etwas abstrakter Begriff. ›Demokratische Bedarfswirtschaft‹, wie Beat Ringger seinen Aufsatz im letzten Jahrbuch betitelt hat, sagt für mich inhaltlich viel mehr aus. Ich würde den Begriff allenfalls noch erweitern auf ›Globale, demokratische Bedarfswirtschaft‹, denn wenn man seine Überlegungen auf die Insel Schweiz konzentriert, läuft man schnell in eine Sackgasse. Denn eins ist sicher: Die Schweiz steht im Kern des imperialistischen Systems, bezieht sie doch recht viel Tantiemen aus der weltweiten Ausbeutung.

Wenn es gilt, die Wirtschaftsdemokratie zu realisieren, setzt man – wie es Hans gesagt hat – beim kapitalistischen Privateigentum an. Auch die Demokratie definiert man neu und schliesslich kommt alles, was die Gesellschaft produziert und konsumiert, unter eine demokratische Verwaltung. Das ist bis heute nirgendwo realisiert worden. Aber es gibt in der Geschichte viele Beispiele, man denke nur an den Streik in Reconvilier oder an den Streik der Bauarbeiter, aber auch an die Entwicklung in Venezuela.

Wir müssten ein besseres Verständnis einer demokratischen Wirtschaft entwickeln, wie sie aussehen müsste, wie wir sie erreichen könn-

ten, welche Probleme es geben könnte. Dabei müssten wir vor allem auch die Geschichte der Revolutionen ansehen, und zwar seit mindestens Anfang des 20. Jahrhunderts – die russische Revolution von 1905, bei der die Räte­demokratie recht schnell etabliert wurde, die Februarrevolution von 1917, die sie wieder aufnahm und bis ins Jahr 1918 fort­führte. Diese Revolution hat meines Erachtens die tiefste und am weitesten gehende Entwicklung genommen. Danach kam die Novemberrevolution in Deutschland, die von 1918 bis 1921 dauerte. Ferner müsste man sicher die spanische Republik ansehen, Japan nach dem Zweiten Weltkrieg, den Ungarnaufstand, bei dem es auch wieder sehr weite Ansätze einer Räte­demokratie gegeben hat. Man müsste den heißen Herbst in Italien 1969 analysieren, bei dem neue Dimensionen hinein­kamen, wo aus den Fabriken, heraus die Unterschicht der Arbeiterklasse in Mailand, Turin und später Bologna anfang, auch Quartiere zu verwal­ten, sich der Wohnsituation, der Bildung und des Verkehrs anzunehmen, und so weiter. Auch die Solidarnosc von 1980 in Polen kannte sehr weit­gehende Ansätze.

Natürlich kann man über den Inhalt und so theoretisieren, das finde ich schon gut, aber man müsste sich auch anleiten lassen, auf die Revo­lutionsgeschichte und überhaupt auf Arbeitskämpfe zurückblicken. Ein Beispiel ist hier der Fabrikstreik von Reconvilier, der sehr weit gegang­en ist, in dem die Arbeiter die Fabrikhalle und die Lager einen Moment lang sogar kontrolliert haben – das war eine Herausforderung des Ei­gentumsrechts. Da sieht man auch, wie schnell man in Konflikt mit dem bürgerlichen Staat gerät, der das Privateigentum letztlich schützt. Und auch mit der Sozialdemokratie, die in diesen Staat integriert ist, wird man – denke ich – schwere Konflikte kaum vermeiden können.

### **Beat Ringger**

Ich möchte zusätzliche Begriffe und Gesichtspunkte in die Diskussion um politische Ökonomie einführen. Der eine ist, ob man Gebrauchswerte, also Dienste und Güter herstellt, weil sie nützlich sind, oder ob man Tauschwerte, also Waren produziert, um Kapital zu verwerten und Gewinn zu erzielen. Das halte ich für eine ganz wichtige Kategorie auch im Hinblick auf Wirtschafts­demokratie und auf Alternativen zum Kapitalismus. Es mag etwas abstrakt tönen, ist aber in vielen Bereichen sehr real. In der Informatik zum Beispiel gibt es eine lange Tradition der Güterproduktion; alle diese Open- Source-Programme sind direkt von Anwendern entwickelt worden, die häufig in einem weltweiten Netz zusammenarbeiten. Die Programme werden nicht vermarktet, sind also keine Waren. Sie stehen allen zur Verfügung. Hier sieht man den Ansatz

einer direkten Nutzenerstellung, die sehr viele Verhältnisse sprengt, welche unsere Gesellschaft definieren. Das zeigt, dass alternative Verhältnisse durchaus realisierbar sind.

Diese Gebrauchswert-Wirtschaft, die direkt für die Bedürfnisse der Gesellschaft produziert, halte ich für unheimlich befreiend. Sie ermöglicht eine ganz andere Hinwendung zu Fragen des Inhalts, der Qualität, der Sorgfalt, der Nachhaltigkeit, der Ästhetik und so weiter. Das gilt besonders auch für den ganzen Bereich der privaten Dienstleistungen: Hier dienen Menschen anderen Menschen, ohne dass sie Waren produzieren. Dabei muss man im Auge behalten, dass die so genannte Care Economy immer noch den grössten Teil aller geleisteten Arbeit umfasst.

Der zweite Gesichtspunkt: Ich halte es für falsch, auf der Ebene von Betrieben zu denken, wenn man eine demokratische Wirtschaft realisieren will. Meiner Ansicht nach werden die Branchen eine ganz zentrale Rolle spielen müssen; erst auf Branchenebene lässt sich eine partizipative Demokratie überhaupt realisieren. Eine Abstimmung der Produktionsseite und der Bedarfsseite beispielsweise muss auf Branchenebene gesucht werden. So kann ich mir etwa eine weltweit demokratisch strukturierte Branche Informatik vorstellen, die jedes Jahr in geeigneten Formen Standardisierungen diskutiert und nach dem Open-Source Prinzipien Produkte definiert, die man auf einem bestimmten Standard konsolidiert, damit sie möglichst günstig in den verschiedensten Regionen der Welt eingesetzt werden können. So etwas könnte heute beginnen im Rahmen von ALBA, dem neuen lateinamerikanischen Wirtschaftsband, dem sich Gruppierungen und fortschrittliche Unternehmen weltweit anschliessen. Ein Beispiel ist der 100-Dollar-Computer, um den es eine Art Bewegung gibt, die genau in diese Richtung zielt. Das Gleiche kann man sich in der Pharmaindustrie, in der Landwirtschaft und so weiter vorstellen. Menschen empfinden sich als Teil eines Branchensystems, das weltweit in Entwicklung, im Kontakt und im Austausch ist und einem übergeordneten Gesamten dient, der Entwicklung des Menschseins.

Und das führt zum dritten Aspekt, zu den Eigentumsverhältnissen. Hier geht es darum, gesellschaftliche Macht vom Eigentum zu lösen. Eigentum darf nicht mehr zu Ausbeutungsverhältnissen führen. Das halte ich für entscheidend. Nun stellt sich die Frage, welche neuen Eigentumsformen entstehen stattdessen? Anonymes Staatseigentum und totale Verantwortungslosigkeit wie in der ehemaligen Sowjetunion bringen es ja wohl nicht; hier ist die Entfremdung des Menschen von den Produkten, den Maschinen, den Unternehmen noch gestiegen. Die Individuen haben in diesem System nur versucht, Vorteile für sich selbst zu

erzielen. Demgegenüber stelle ich mir vor, dass die Mitarbeitenden sehr wohl einen direkten Bezug zur Produktionsseite haben, dass sie sich als Sachverwalter im Auftrag der Gesellschaft empfinden. Das scheint mir die Basis für lebendige und funktionsfähige demokratische Verhältnisse in der Wirtschaft zu sein. Ich halte es auch für wichtig, die Trennung von Gesellschaft und Wirtschaft aufzulösen. Meines Erachtens ist es ein Phänomen des Kapitalismus, dass die Wirtschaft als etwas erfahren wird, das der Gesellschaft entgegensteht.

Meine letzte Anmerkung: Der Weg zur Überwindung des Kapitalismus führt über Kämpfe, über Auseinandersetzungen, und in diesen Auseinandersetzungen machen die Leute neue Erfahrungen mit ihrer Rolle in der Gesellschaft, zum Beispiel in Form der Rätedemokratie. Solche Erfahrungen sind eine Voraussetzung dafür, dass neue Formen von Gesellschaft und Wirtschaft entstehen können. Sie befähigen die Menschen, gemeinsam mit anderen und mit den Mitteln demokratischer Selbstverwaltung die Gesellschaft aktiv zu gestalten.

### Kaspar Hohler

Ich möchte nicht auf Revolutionen zurückschauen, sondern mich im Heute umsehen. Es gibt ja Versuchsfelder, in denen ansatzweise läuft, was in der Skizze einer ›demokratischen Bedarfswirtschaft‹ idealerweise passieren sollte. Die Erfahrungen sind meines Erachtens eher ernüchternd.

Schaut man die politische Ebene an, so haben wir ja bereits eine Demokratie. Das Resultat davon ist etwa der Wahlsieg der SVP. Meine Hoffnung, dass sich die Gesellschaft auf demokratischem Weg für eine bessere Gesellschaft entscheidet und diese auch beibehält, ist gering.

Schaut man die Ebene der Unternehmen an, so gibt es in Deutschland das Betriebsratssystem, das den Arbeitnehmern einen starken Einfluss auf die Unternehmensführung gewährt. In vielen Fällen hat das zu einer Pervertierung geführt, eine Einflussnahme in Richtung einer Verbesserung der Lage der ArbeitnehmerInnen oder gar einer besseren Gesellschaft ist kaum wahrnehmbar.

Wenn man den Konsum anschaut, so besteht zumindest in der Schweiz eine grosse Wahlfreiheit bezüglich Produkten und Konsumverhalten. Dennoch ist bisher keine grosse Bewegung entstanden, die hoffen liesse, dass alle Leute diese Freiheit in sinnvoller Weise nutzen, angefangen beim Autoverzicht bis hin zu sozial- und umweltverträglich hergestellten Textilien, Landwirtschaftsprodukten etc.

Die Versuchsfelder, die es heute schon gibt, ergeben ein insgesamt ernüchterndes Bild. Ob das daran liegt, dass wir eben in einem System



aufwachsen, das uns entsprechend prägt, oder ob es schlicht dem natürlichen Verhalten des Menschen entspricht, ist für mich genauso wenig zu beantworten wie die Geschlechterfrage (erlangen Männer und Frauen ihre gesellschaftliche Rollen durch ihre natürliche Veranlagungen oder durch die Sozialisierung?).

Für mich ist es daher auch fraglich, wie stabil der skizzierte Idealzustand tatsächlich sein wird, wenn er denn einmal erreicht wäre. Könnten die Menschen, wie es die Skizze begrüßenswerterweise vorsieht, demokratisch und frei über die Entwicklung der Gesellschaft entscheiden, so würden sie sich eventuell rasch wieder von diesem System verabschieden.

### Thomas Heilmann

Das Bedürfnis nach Wirtschaftsdemokratie kommt in erster Linie daher, dass wir die Macht der Kapitalinteressen in allen gesellschaftlichen Bereichen spüren und das Gefühl haben, hier müsse etwas geschehen, damit die Demokratisierung der Gesellschaft vorwärts gehen könne. Es ist klar, das geht nicht ohne Kämpfe, das haben bis jetzt alle gesagt.

Eine kleine Anmerkung zur Analyse der Revolutionsgeschichte: Die Frage ist, wollen wir in der Schweiz Verhältnisse anstreben, in denen die berühmten Räte gebildet werden, und zwar gegen die demokratischen Strukturen des Staates? Wollen wir wirklich eine Situation anstreben, in welcher der vorgegebene demokratische Rahmen zuerst einmal aufgelöst oder gar ganz ersetzt wird? Ist die Räte Demokratie, die nach dem ersten Weltkrieg propagiert wurde, wirklich ein erstrebenswertes Ziel?

Auf der pragmatischen Ebene schliesse ich mich dem an, was Bernhard über die Beeinflussung der Rahmenbedingungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene gesagt hat. Das bedingt demokratische Entscheidungen, die die Eigenmächtigkeit des Kapitals zurückdrängen. Es braucht Gesetze im ökologischen, im sozialen Bereich etc. Es gilt, mit demokratischen Entscheiden den Eigengesetzlichkeiten der Kapitalverwertung Grenzen zu setzen. Es braucht einen öffentlichen Sektor, der – vom demokratischen Staat geleitet – in Bereichen wie Bildung, Infrastruktur, Kultur, Gesundheit und so weiter für die Bevölkerung Güter bereitstellt, die aufgrund der Profitlogik nicht oder nur zu Preisen angeboten werden, welche für grosse Bevölkerungsgruppen unerschwinglich sind.

Und es braucht – da habe ich viel Erfahrung – auch den Aufbau von wirtschaftlichen Strukturen, von Unternehmen, die einem demokratischen Anspruch genügen, die die Leute am Ertrag beteiligen, bis hin zu einer Bank, die anders mit dem Geld umgeht und auf die wir demokratisch Einfluss nehmen können.



Das ist ein pragmatischer Ansatz, der aber ebenfalls nur mit Kämpfen durchsetzbar ist. Und wenn es um den öffentlichen Sektor geht, sind das bekanntlich scharfe Auseinandersetzungen. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach betrieblichen Rechten. Dass die Mitarbeitenden einen wesentlichen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen nehmen können, steht für mich aber nicht im Vordergrund. Die Erfahrung zeigt, dass bei der Mitbestimmung in deutschen Grossbetrieben oder bei der Selbstverwaltung im ehemaligen Jugoslawien betriebsegoistische Verhaltensweisen durchschlagen. Führt sich zum Beispiel eine demokratisch geführte Novartis mit Mitbestimmung auf Unternehmensebene auf dem Weltmarkt anders auf als eine nicht demokratisch geführte Novartis? Ich habe da meine Zweifel. Das ist nicht nur eine Frage der Korruptiertheit. Zugespitzt gesagt: die betriebsinterne Demokratie bringt sehr wahrscheinlich nicht diejenigen Resultate, die man sich erhofft, nämlich dass sich das Unternehmen gesellschaftlich verantwortungsbewusster verhält. Die Mitarbeiter in der Automobilindustrie haben ein Interesse, dass die Produktion möglichst gut läuft und dass Autobahnen gebaut werden. Gegen Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene im Bereich der Arbeitsbedingungen, der sozialen Fragen etc. ist aber nichts einzuwenden.

Zusammengefasst: Demokratie in der Wirtschaft kann mittelfristig nur über die Ausdehnung des Einflusses des demokratischen Staates gefördert werden. Die Vorherrschaft der Wirtschaft gilt es zurückzudrängen.